



Presseschau vom 08.11.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [Korrespondent](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [Korrespondent](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Krim von selbstständiger Truppengruppierung bewacht – Generalstab
Auf der Schwarzmeerhalbinsel Krim haben sich mehrere Großverbände der russischen Luft- und Marinestreitkräfte zu einer eigenständigen Truppengruppierung zusammengeschlossen. Dies teilte Russlands Generalstabschef Waleri Gerassimow am Dienstag mit.

Die Truppengruppierung setze sich aus einem Marinestützpunkt, einem Armeekorps sowie einer Luft- und Flugabwehrdivision zusammen.

Insgesamt seien im Militärbezirk Süd in den vergangenen fünf Jahren ein Feldheer, zwei motorisierte Schützendivisionen, eine Raketenbrigade und eine Heeresfliegertruppe geschaffen worden. Die Armee habe 226 neue und modernisierte Kampfflugzeuge und Hubschrauber erhalten.

Die Schwarzmeerflotte habe sechs U-Boote, die mit Kalibr-Raketen bewaffneten Fregatten „Admiral Grigorowitsch“ und „Admiral Essen“ sowie drei Raketenkomplexen „Bastion“ und „Bal“ erhalten.

Dan-news.info: Das staatliche Unternehmen „Post des Donbass“ hat heute eine Briefmarke mit Umschlag zum 100. Jahrestag der Großen sozialistischen Oktoberrevolution herausgegeben. Die feierliche Zeremonie fand im Literatursaal der Donezker republikanischen universellen wissenschaftlichen Krupskaja-Bibliothek statt.

Die Veranstaltung besuchten der Kommunikationsminister der DVR Wiktor Jazenko, der Kulturminister der Republik Michail Sheltjakow, der Generaldirektor von „Post des Donbass“ Denis Neudatschin, der Berater des Oberhauptes der DVR Sachar Prilepin und der russische Publizist Nikolaj Starikow.

„Ich will Ihnen allen zum Feiertag gratulieren, zu diesem großen Ereignis, das vor genau 100 Jahre stattfand. Ich weiß, dass man bei uns in der Republik die Geschichte wahr und ehrt“, sagte Sheltjakow.

Auf der Marke Nr. 93 „100 Jahre Große sozialistische Oktoberrevolution“ ist das größte Lenin-Denkmal in Donezk abgebildet, das sich auf dem zentralen Platz der Stadt befindet. Hier sind auch Worte des Gründers des sowjetischen Staates über den Donbass wiedergegeben: „Der Donbass ist keine zufällige Region, es ist eine Region, ohne die der sozialistische Aufbau einfach ein guter Wunsch bleibt“.

Der Wert der Marke beträgt 30 Rubel, die Auflage beträgt 14.000 Exemplare. Auf dem speziellen Umschlag zum ersten Tag ist ein Porträt Lenins und eines der Hauptsymbole der Oktoberrevolution abgebildet – der Kreuzer „Aurora“. Auf der Rückseite des Umschlags finden sich Informationen über die Ereignisse des Jahres 2017. Sein Preis beträgt acht Rubel, die Auflage 1500 Exemplare.

„Mir scheint, dass das Wichtigste in einer Revolution die Idee, d.h. der Geist ist. Nun dieser Geist, der in Gerechtigkeit, Freiheitsliebe und dem Streben, die sozialen Probleme zu lösen, besteht, den gibt es heute hier im Donbass. Deshalb habe ich am 100. Jahrestag der großen Revolution für notwendig gehalten, hier bei Ihnen gemeinsam diesen Feiertag zu begehen“, sagte Starikow.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/11/dan-news.info-2017-11-07_09-51-35_495999-dsc_2149-1024x680.jpg

de.sputniknews.com: **Ukrainischer Präsident schränkt Gastspiele russischer Künstler ein**
Das von der Werchowna Rada (Parlament) der Ukraine verabschiedete Gesetz über die

Einschränkung von Gastspielen russischer Künstler ist in Kraft getreten. Am Dienstag wurde das Gesetz von Präsident Petro Poroschenko unterschrieben und somit bestätigt.

Organisatoren von Gastspielen werden sich von nun an gezwungen sehen, den ukrainischen Inlandsgeheimdienst SBU 30 Tage vor geplanten Konzerten um eine Genehmigung zu ersuchen. Erst nach der Zustimmung wird der Vertrag mit dem Künstler unterzeichnet. Die fehlende Genehmigung oder unzureichende Informationen über das Gastspiel werden mit Geldbußen geahndet.

Auf der „schwarzen Liste“ Kiews stehen derzeit rund 140 russische Künstler, denen die Einreise in die Ukraine verboten ist.

armiyandr.ru: Mitteilung des Kommandos der Streitkräfte der DVR

Die ukrainische Seite gibt endlich die Tatsache zu, dass es in ihrem Lager im Gebiet von Opytnoje am 5. November 2017 einen Brand von Munition gegeben hat.

Aber der Erklärung nach zu urteilen, beherrscht das Kommando der ukrainischen Streitkräfte die Situation absolut nicht, und in seiner Mitteilung ist angegeben, dass Opytnoje sich auf von der DVR kontrolliertem Territorium befindet. Das schmeichelt uns natürlich. Aber es ist eine Präzisierung erforderlich: die Tragödie erfolgte auf zeitweise von den ukrainischen Streitkräften besetztem Gebiet und die gesamte Verantwortung für das Geschehen liegt ausschließlich beim Personal des 42. Bataillons der 57. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, das eine grobe Verletzung von Sicherheitsmaßnahmen zugelassen hat.

de.sputniknews.com: Putin zu Treffen mit Trump bereit – Lawrow

Russlands Präsident Wladimir Putin ist laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow bereit, sich mit US-Präsident Donald Trump am Rande des Gipfels der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) in Vietnam zu treffen.

„Wir hören die Erklärungen von Donald Trump, dass er plant, ein solches Treffen mit dem Präsidenten Putin abzuhalten. Der Präsident Putin ist dazu bereit. Die Amerikaner wissen das“, so Lawrow.

„Die Protokolldienste stehen im ständigen Kontakt, und wenn die Terminpläne der Staatschefs abgestimmt werden, werden Sie darüber informiert“, sagte Lawrow weiter gegenüber Journalisten am Mittwoch.

Zuvor hatte Trump ein „wichtiges“ Treffen mit Putin am Rande des APEC-Gipfels in Da Nang angekündigt.

Putin und Trump waren das erste und bislang das letzte Mal im Juli beim G20-Gipfel in Deutschland zusammengetroffen.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Chemieattacken in Syrien: UN-Sicherheitsrat übte Druck auf Ermittlungsmission aus

Landesvertreter im UN-Sicherheitsrat haben Druck auf Experten der Mission zur Ermittlung von Tatsachen eines Chemiewaffeneinsatzes in Chan Scheichun ausgeübt, wie der Leiter des Gemeinsamen Mechanismus der OPCW und der UNO, Edmond Mulet, gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti mitteilte.

„Mit Bedauern muss ich sagen, dass dieser Fall sehr politisiert ist, obwohl es nicht so sein

sollte“, sagte er.

„Im Arbeitsprozess werden wir einerseits hin und her gezerrt, und man sagt uns andererseits, wie wir unsere Arbeit tun sollten. Falls ihr dies nicht so tun werdet, kann man euch nicht vertrauen. Falls ihr unseren Anweisungen nicht folgen werdet, werden wir als die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates euer Gutachten nicht akzeptieren. Ich sage bereits seit langem allen: Die Wissenschaft sagt selbst alles“, fügte Mulet hinzu.

Der Gemeinsame Mechanismus der Uno und der OPCW (Joint Investigation Mechanism) hatte Mitte September dem UN-Sicherheitsrat seinen Bericht über Giftgas-Attacken in Syrien vorgestellt. UN-Experten hatten die syrische Armee für den Giftgasangriff in Chan Scheihun verantwortlich gemacht. Das Giftgas sei mit einer Bombe aus einem Flugzeug abgeworfen worden. Dem Bericht zufolge setz

Zuvor hatte Russland ein Veto gegen eine von den USA geforderte Terminverlängerung für die UN-Giftgasuntersuchung in Syrien eingelegt. Das Mandat der Untersuchungskommission läuft am 17. November aus. Moskau begründete sein Veto damit, dass zuerst ein Bericht über die Giftgasattacke am 4. April vorgelegt werden müsse, ehe das Mandat verlängert werden könne.

Am 4. April 2017 waren in der syrischen Stadt Chan Scheihun bei einem Giftgasangriff mehr als 80 Menschen ums Leben gekommen. US-Präsident Donald Trump ordnete daraufhin als Vergeltung einen Raketenangriff auf den syrischen Flugplatz Schairat an. Die syrische Regierung streitet jegliche Vorwürfe wegen des angeblichen Giftgasangriffs ab.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **12 Mal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalnowo, Logwinowo, Kalinowka, Prischib, Sokolniki, Krasnyj Liman, Pionerskoje und Shelobok**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen 3U-23-2, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Lawrow warnt USA vor gefährlichem Spiel: Nordkorea-Krise nüchtern lösen

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat den Austausch von Drohungen zwischen den USA und Nordkorea als „ein gefährliches Spiel“ verurteilt und aufgerufen, das Problem auf der koreanischen Halbinsel ohne überflüssige Emotionen zu behandeln.

„Wir sind überzeugt, dass der Austausch von Drohungen und Beleidigungen, die ebenfalls von beiden Seiten zu hören waren, zu keinem guten Ergebnis führen wird“, sagte Lawrow in Dà Nǎng gegenüber Journalisten.

Damit reagierte er auf die jüngsten Erklärungen des US-Präsidenten Donald Trump. Aus Moskaus Sicht gebe es keine Alternative zu einer friedlichen Regelung der Nordkorea-Krise.

„Alle sollen an dieses Problem mit einem nüchternen Kopf anstatt mit Emotionen, die derzeit das Maß übersteigen, herangehen. Das ist ein viel zu gefährliches Spiel“, betonte der russische Außenminister weiter.

Lawrow erinnerte an die Worte des Pentagon-Chefs James Mattis, der noch im Sommer davon gesprochen hatte, dass ein militärischer Konflikt auf der koreanischen Halbinsel eine Katastrophe mit Zehntausenden Opfern wäre.

Der Minister verwies vor diesem Hintergrund auf die russisch-chinesische Initiative zur Regelung der Krise auf der koreanischen Halbinsel, die die Einstellung von nordkoreanischen Raketen- und Atomtests einerseits und von Manövern der USA und ihrer Verbündeten andererseits vorsehe.

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump im Laufe seiner Asien-Reise mehrere harte Äußerungen über Nordkorea und dessen Regierung getätigt. Bei seinem Auftritt am Vortag in Seoul bezeichnete Trump Pjôngjang als eine „Hölle“ und rief auf, die Geduld der USA nicht mehr zu strapazieren.

de.sputniknews.com: Krim: Chef des Föderalen Antimonopoldienstes tot aufgefunden
Der Chef des Föderalen Antimonopoldienstes der Halbinsel Krim, Timofej Kurajew, ist am Mittwoch in seinem Haus tot aufgefunden worden. Dies berichtet die Agentur „RIA Novosti“ unter Berufung auf die Regionalverwaltung des Ermittlungskomitees.

Die Einzelheiten des Vorfalls sollen in kurzer Zeit bekannt werden.

Nach vorläufigen Informationen sei er erhängt in seiner Wohnung aufgefunden worden, berichtet das Portal „Westi.ru“. Spezialisten der Ermittlungskommission klären derzeit alle Umstände seines Todes. Unter anderem wird die Version des Selbstmordes geprüft.

Kurajew war 44 Jahr alt. Er studierte an der Moskauer Staatlichen Universität und war danach in Behörden für innere Angelegenheiten der Russischen Föderation tätig. Die Leitung des Föderalen Antimonopoldienstes der Halbinsel Krim übernahm Kurajew im Jahr 2014



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31820/25/318202585.jpg>

ukrinform.ua: Ukraine verhängt Sanktionen gegen 18 russische Unternehmen

Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel der Ukraine hat auf Anfrage des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) Sanktionen gegen 18 russische Unternehmen verhängt. Die jeweiligen Verordnungen Nr.1582 und 1583 hatte das Ministerium am 30. Oktober angenommen, berichtet Ukrinform unter Bezugnahme auf den Nachrichten-Fernsehsender „24“.

Die Sanktionen sind gegen Unternehmen verhängt, „deren Handlungen den Interessen der nationalen wirtschaftlichen Sicherheit schaden können“.

Die vorübergehende Aussetzung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit auf dem Territorium der Ukraine für die Beteiligten der Sanktionsliste tritt nach 40 Tagen in Kraft – am 9. Dezember

de.sputniknews.com: **Österreich: Für Krim-Journalisten kein Rederecht auf OSZE-**

Konferenz zu freien Medien

Nach dem Skandal um die Verweigerung von Visa für Journalisten von der Krim, die zu einer OSZE-Konferenz anreisen wollten, hat Österreich ihnen nun sogar verboten, per Videobotschaft zu Wort zu kommen, wie russische Medien am Mittwoch unter Berufung auf Diplomatenquellen berichten.

Die Journalisten von der Krim wurden für die Teilnahme an der OSZE-Veranstaltung „Die Rolle freier Medien für einen umfassenden Zugang bei Sicherheitsfragen“ akkreditiert, die am vergangenen Donnerstag und Freitag in Wien stattfand. Doch die österreichische Seite erteilte ihnen keine Visa. Russlands Außenministerium kritisierte das Vorgehen als eine „Blockade“ und schlug vor, dass die betroffenen Journalisten, die aus erster Hand über die Situation auf der Krim hätten erzählen wollen, nun per Videobotschaft zu Wort kommen würden.

Doch die österreichische OSZE-Präsidentschaft verweigerte ihnen solch eine Möglichkeit, obwohl einer der betroffenen Journalisten, Sergej Gorbatschow, bereits im vergangenen Juni an einer ähnlichen Konferenz zur Medienfreiheit teilgenommen hatte.

Die österreichische OSZE-Präsidentschaft erklärte die Causa damit, dass die Journalisten von der Krim ihre Visa in der Ukraine und nicht in Russland beantragen müssten. Das österreichische Außenministerium hat bislang jedoch nicht erklärt, warum die Teilnahme an einer ähnlichen Veranstaltung vier Monate später verhindert wurde.

Die Botschaft der Journalisten ist derzeit auf dem YouTube-Kanal der russischen Botschaft in Wien zugänglich.

Die Konferenz wurde von der österreichischen OSZE-Präsidentschaft, dem Büro des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit sowie dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (OHDIR) organisiert.

Die Konferenz zu Medienfreiheit fand in Wien am 19. und 20. Juni statt. Daran nahm eine Delegation der Journalisten von der Krim teil. Gorbatschow sprach während seines Auftritts über die Lage der Journalisten auf der Halbinsel vor dem Hintergrund der durch Kiew verbreiteten Fake-Nachrichten und schlug den OSZE-Vertretern vor, selbst die Krim zu besuchen und die Situation mit eigenen Augen anzuschauen. Die Moderatorin unterbrach damals seine Rede und ließ sie ihn nicht beenden.

[Ukrinform.ua: Europarat präsentiert in Kiew Ergebnisse der Umsetzung von 5 Projekten für Ukraine](#)

Der Europarat und die Europäische Union präsentieren in Kiew die Ergebnisse der Umsetzung der Projekte zur Unterstützung der Strafvollzugsreform, Medienfreiheit und Korruptionsbekämpfung für die Ukraine, gab der Pressedienst des Europarates bekannt, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„In der Ukraine sind fünf spezielle Projekte für das Land umgesetzt worden, die nach dem Programm „Partnerschaft für angemessene Verwaltung“ in 2015-2017 umgesetzt werden, und die auf die Stärkung der Standards der Menschenrechte, die Unterstützung der Reformen des Strafvollzugssystems, der Medienfreiheit, Korruptionsbekämpfung und die Gewährleistung freier und fairer Wahlen konzentriert sind“, so der Europarat.

Das Gesamtbudget für diese Projekte beträgt 3,2 Millionen Euro. Finanzieren werden die Projekte die EU und der Europarat, die praktische Umsetzung leistet der Europarat.

Neben diesen Projekten beteiligt sich die Ukraine auch an 14 regionalen Initiativen, die alle Länder der Östlichen Partnerschaft umfassen.

Die Präsentation findet am 10. November statt.

[armiyadnr.su: Operative Information über die Lage](#)

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **35 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **20 Ortschaften** mit Artillerie, Panzern, Mörsern verschiedenen Kalibers, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Krim-Chef enthüllt: Silicon Valley auf der Halbinsel geplant
Der Krim-Chef Sergej Aksjonow hat über die Pläne zur Entwicklung einer dem Silicon Valley ähnlichen Region auf der Schwarzmeerhalbinsel erzählt.

„Wir wollen, dass auf die Krim solche Menschen kommen, die an der Entwicklung der modernen IT-Technologien interessiert sind“, so Aksjonow. „Wir denken über die Gründung eines Zentrums nach, das Silicon Valley ähneln wird. Wir haben gute junge IT-Spezialisten, viele von ihnen haben die Ukraine verlassen – jene, die sicher arbeiten wollen“, präzisierte er. „Wir versuchen, solch eine Gruppe zu bilden, Bedingungen und einen Platz für sie zu schaffen“, fügte Aksjonow hinzu.

Anlässlich des Tages der Volkseinheit, der am Sonntag in ganz Russland gefeiert wurde, hatte das Krim-Oberhaupt Sergej Aksjonow den langjährigen Traum der Einwohner der Schwarzmeer-Halbinsel offengelegt. „Die Einheit mit Russland war viele Jahre lang unser ‚Krim-Traum‘“, sagte er.

Im September hatte Siemens-Vertreter Dietrich Möller erklärt, dass ein Silicon Valley im Fernen Osten entstehen könnte.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit, dass die ukrainischen Streitkräfte in den letzten 24 Stunden **35 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt haben.

Das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen und des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen.

Richtung Gorlowka: Mörser des Kalibers 82mm (4 Geschosse), Granatwerfer, leichte Schusswaffen.

Richtung Donezk: Haubitzen 122mm (18 Geschosse); Mörser des Kalibers 120mm – 1-mal (61 Geschosse), 82mm – 5 -mal (77 Geschosse); lenkbare Antipanzerraketen (8 Raketen); Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen – 5-mal (125 Schüsse). Außerdem verwendenden die ukrainischen Streitkräfte Abwehrgeschütze, sie schossen 39 Granaten mit Handgranatwerfern ab, schossen 10 -mal (251 Granaten) mit automatischen Granatwerfern. Es wurden Schüsse mit großkalibrigen und leichten Schusswaffen festgestellt.

Richtung Mariupol: Mörser des Kalibers 120mm 1 -mal (4 Geschosse), 82mm – 4 -mal (33 Geschosse); Panzer (6 Schüsse); Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen (28 Schüsse), Handgranatwerfer – 10 Granaten; automatische Granatwerfer – 2 -mal (58 Granaten); großkalibrige Schusswaffen – 3 -mal.

Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse – 767.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl des auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 335.

de.sputniknews.com: „Marsch der Millionen“: Saakaschwili droht Poroschenko mit Entmachtung

Michail Saakaschwili, einst georgischer Präsident und später Gouverneur von Odessa, hat dem ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko mit einer „Amtsenthebung durch das Volk“ gedroht.

„Wenn sie (die Regierung Poroschenko — Anm. d. Red.) sich auch weiter über unsere

Forderungen hinwegsetzen (...), schlage ich vor, am 3. Dezember ein Amtsenthebungsverfahren durch das Volk zu beginnen. Soll das Volk das tun“, verkündete der nun staatenlose Politiker am Dienstag bei einer Anti-Regierungsdemo im Zentrum von Kiew. Was er mit „Amtsenthebung durch das Volk“ genau meint, verriet Saakaschwili nicht, drohte jedoch, Millionen Menschen auf die Straße zu rufen, um einen „Machtwechsel auf allen Ebenen“ durchzusetzen.

„Wenn ihr einen Marsch der Millionen wollt, werdet ihr ihn auch bekommen“, rief der gebürtige Georgier laut dem Portal „Strana.ua“.

Seit dem 17. Oktober finden in der ukrainischen Hauptstadt Proteste mit jeweils Hunderten bis Tausenden Teilnehmern statt. Die Demonstranten fordern unter anderem Antikorruptionsgerichte und eine Wahlrechtsreform.

Die wichtigste Persönlichkeit der Protestbewegung ist Saakaschwili, der von 2004 bis 2013 Georgien regierte und nach Ende seiner Amtszeit — wegen Vorwürfen des Amtsmissbrauchs — zuerst in die USA und dann in die Ukraine geflohen war.

Dort ernannte ihn Präsident Poroschenko 2015 zum Gouverneur der Schwarzmeerregion Odessa. Doch schon ein Jahr später trat Saakaschwili zurück und ging auf Konfrontationskurs zu Poroschenko, dem er Korruption vorwarf. Daraufhin wurde dem Politiker auch die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen. Sein Heimatland Georgien hatte Saakaschwili bereits 2015 ausgebürgert und zur Fahndung ausgeschrieben.

Ukrinform.ua: Premier: Regierung muss Tempos des Wirtschaftswachstums verdoppeln
Das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr werde mehr als 3 % betragen, aber die Aufgabe der Regierung sei die Gewährleistung eines Minimums von 5 bis 7 Prozent, erklärte in der heutigen Regierungssitzung der Premierminister Wolodymyr Hrojsman, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Gestern hatten wir ein Treffen mit den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband der Ukraine. Wir sprachen über Probleme, Lösungswege. Wir analysierten die Situation. In vielen Fragen sind wir Gesinnungsgenossen...“, sagte Hrojsman.

Er betonte, dass die Ukraine einen würdigen Platz in der Welt haben soll und die Ukrainerinnen und Ukrainer das Recht auf würdiges Leben haben.

„Der Schlüssel zum Erfolg ist die starke Wirtschaft. Vor anderthalb Jahren hat die Erholung der Wirtschaft begonnen. Nächstes Jahr werden wir das Wirtschaftswachstum von mehr als 3 % haben, aber das ist nicht genug“, sagte der Premier.

Seiner Meinung nach muss die Regierung ein Wirtschaftswachstum von mindestens 5 bis 7 % gewährleisten und die Voraussetzungen für die Entwicklung des Unternehmertums schaffen

Nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage an der Kontaktlinie **bleibt angespannt**.

In Richtung Donezk hat der Gegner Artillerie, lenkbare Antipanzerraketen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **12 Ortschaften** hat der Gegner 18 Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm, 128 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm, acht lenkbare Antipanzerraketen abgeschossen.

In Richtung Gorlowka haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auf die Gebiete von

zwei Ortschaften vier Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen sowie Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

In Richtung Mariupol wurden auf die Gebiete von **fünf Ortschaften** sechs Panzergeschosse und 38 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **35 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt, was das Doppelte an Beschüsse im Vergleich zu den vorhergehenden 24 Stunden ist.

Gestern hat die Führung des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination von Seiten der Ukraine sicher die Information über einen Brand eines Lagers mit Munition der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Opytnoje am 5. November bestätigt. Es ist wichtig anzumerken, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte drei Tage lang versucht hat, diese Tatsache zu verheimlichen, um den Verdacht von Nachlässigkeit bei der Lagerung von Munition, was zu dem Vorfall geführt hat, von sich abzulenken. Dabei haben die ukrainischen Straftruppen am 5. November eine Verschärfung der Lage provoziert, um der Verantwortung für ihre Fehler zu entgehen und die militärisch-politische Führung der Ukraine davon zu überzeugen, dass der Verlust des Lagers aufgrund von Kämpfen erfolgt ist. Dazu haben sie zerstörerische Schläge mit Artillerie- und Mehrfachraketenwerfersystemen auf Wohngebiete von Donezk und nahe liegender Ort durchgeführt. In der Folge der Beschüsse sind zehn Wohnhäuser von Zerstörungen betroffen, ein Kind starb, vier zivile Einwohner wurden verletzt, darunter zwei Kinder.

Ein solches Geschenk von der ukrainischen Seite des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination, das vom Pressezentrum des Stabs der „ATO“ bekannt gegeben wurde, hat beim Kommando der ukrainischen Streitkräfte kaum jemand erwartet. Die ukrainische Seite im Gemeinsamen Zentrum hat nicht nur die Tatsache des Brandes des Lagers aufgrund von Schlampigkeit des Personals der 57. Brigade der ukrainischen Streitkräfte bestätigt, sondern auch ihre Motive bei den Beschüssen der friedlichen Bevölkerung der DVR, die in dem Versuch bestehen, den Verdacht von sich abzulenken.

Die 57. Brigade hat sich als Verbrecher erwiesen, die Gebiete von Ortschaften beschossen haben. Dies sind schlampige Kerle, die wegen ihrer Nachlässigkeit ein gesamtes Munitionslager vernichtet haben. Und dies sind Millionen Griwna, das Geld von Steuerzahlern, das Geld von Einwohnern der Ukraine mit gekürzten Löhnen und erhöhten Rechnungen für kommunale Dienste.

de.sputniknews.com: **Polens Vize-Konsul: Lwiw ist eine polnische Stadt**

Der Vize-Konsul Polens in der ukrainischen Stadt Luzk, Marek Zapur, hat Lwiw als eine polnische Stadt bezeichnet. Mit dieser Erklärung trat er während eines Runden Tisches im Landeskundemuseum der Stadt Rowno auf, wie der Abteilungschef des Museums, Igor Martschuk, am Mittwoch via Facebook berichtete.

Zu dem Vorfall sei es gekommen, nachdem die ukrainischen Teilnehmer der Diskussion zum Thema „Wolhynien-Experiment von Henryk Józewski: Weg zur polnisch-ukrainischen Versöhnung in der Zwischenkriegszeit“ äußerten, dass Polen einen Teil des Territoriums der Ukrainischen Volksrepublik zwischen 1919 und 1929 Jahren eingenommen habe.

„Als Antwort darauf sagte der Vize-Konsul, dass es damals keinen ukrainischen Staat gegeben hat, Lwiw eine polnische Stadt ist und in Bezug auf die Gegenwart behauptet werden könnte, dass die Ukraine auf ähnliche Weise die Krim und Donbass okkupierte“, so Martschuk.

Zuvor hatte der polnische Präsident Andrzej Duda seinen ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko aufgefordert, Menschen mit antipolnischen und nationalistischen Ansichten keine wichtigen politischen Posten in der Ukraine zu gewähren.

Dnr-news.com: Das Balkenkreuz in der ukrainischen Armee: die ukrainische Artilleristen erhielten neue Erkennungszeichen

Die Technik der 26. separaten Artilleriebrigade der ukrainischen Armee erhielt neue Erkennungszeichen – das sogenannte „Balkenkreuz“, das dem von der Wehrmacht im Großen Vaterländischen Krieg verwendeten Zeichen ähnlich ist. Dies berichtet der Militärbeobachter bmpd.

„Interessante Balkenkreuze, habe ich früher nicht gesehen - Nun, und die Streifen auf den Rohren sind ganz amüsant“, schrieb der Blogger. (gemeint sind die 3 Streifen am Rohr des Geschützes – Anm. d. Übers.)

Die Fotos der Haubitzen Mista-S mit den Kreuzen wurden bei Kiew während des Wettbewerbs um den Tutekl der besten Artilleriebatterie der Armee gemacht.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-11/thumbs/1510142551_1f8c7f94a3fdae572711e37e2b5d1dfbc73d99fb.jpg

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Verschärfung**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppe 12 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in der Gebieten von **Shelobok, Prischib, Sokolniki, Krasnyj Liman, Pionerskoje, Kalinowo, Kalinowka und Logwinowo**. Die ukrainischen Streitkräfte 82mm- und 120mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden mehr als 320 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen, was **dreimal mehr ist als gestern**.

Im Zusammenhang mit dem niedrigen moralisch-psychischen Stand der Einheiten der 58. mechanisierten Brigade ist für die nächste Zeit die Ankunft einer Kommission des Stabs der

operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ in den Einheiten der Brigade geplant, und eine allseitige Überprüfung und Bewertung der wahren Lage der Dinge durchzuführen. Die ukrainischen Streitkräfte verheimlichen weiter ihre nicht kampfbedingten Verlust. So wurde bekannt, dass in der Nacht vom 4. auf den 5. November in der Folge eines Konflikts mit dem Kommandeur eines Zugs aufgrund der Weigerung, einen Befehl zu erfüllen, ein Soldat der 3. Kompanie des 2. Bataillons der 80. Sturmbrigade, die in Nishneteploje stationiert ist, eine Schusswunde erlitt. Das heißt, es ist anzunehmen, dass der Kommandeur des Zugs seinen Untergebenen ohne Gericht und Untersuchung erschoss. Wie es bereits Tradition ist, hat das Kommando der Brigade beschlossen, diese Tatsache vor dem übergeordneten Kommando zu verheimlichen. Von den Kommandeuren der Einheiten der 80. Sturmbrigade, die in Walujskoje und Makarowo stationiert ist, werden Maßnahmen durchgeführt, um bei dem unterstellten Personal die Personaldokumente einzuziehen, insbesondere die Wehrdienstbücher. Das ist damit verbunden, dass sich unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte die Fälle gehäuft haben, dass sie ihre Dokumente in Geschäften als Pfand hinterlegen, um Alkohol, Lebensmittel sowie auch Drogen bei örtlichen Dealern zu kaufen.

de.sputniknews.com: **Abbruch von Beziehungen: Kreml reagiert auf Initiative aus Kiew**
Die Abstimmung in der Obersten Rada (ukrainisches Parlament) über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Russland ist dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow zufolge das souveräne Recht des Landes.

„Das ist die souveräne Angelegenheit der Ukraine“, sagte Peskow am Mittwoch. „In der Ukraine wurden viele Entscheidungen getroffen, die höchst negative Folgen für die Regelung des Konflikts im Südosten des Landes hatten. Wenn eine derartige Entscheidung auch diesmal getroffen wird, wird dies die Situation noch weiter erschweren und vor allem die Interessen der Menschen sowohl in der Ukraine selbst als auch in Russland beeinträchtigen.“
Damit reagierte der Sprecher des russischen Präsidenten auch auf einen Artikel der russischen Zeitung „Kommersant“. Diese hatte zuvor berichtet, dass die Oberste Rada in der kommenden Woche voraussichtlich für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Russland stimmen werde. Mit dieser Initiative sei der Abgeordnete Iwan Winnik aus dem Block Petro Poroschenkos aufgetreten.

„Im Gesetz zur Reintegration des Donezbeckens (...) wird Russland als Aggressor anerkannt – hoffentlich wird es dafür genug Stimmen geben“, wird Winnik in der Zeitung „Kommersant“ zitiert. „Die diplomatischen Beziehungen danach weiter zu unterhalten, wäre ein Verbrechen seitens des ukrainischen Außenministeriums. Diese Beziehungen sind ohnehin de facto unterbrochen worden. Die Botschafter gibt es nicht mehr, und in den Botschaften arbeiten nur Diplomaten aus der zweiten Reihe.“

Winnik dementierte inzwischen diese Information. Er habe diese Initiative im Parlament des Landes zur Erörterung zwar noch nicht vorgelegt, habe aber vor, das Ministerkabinett auf die Notwendigkeit des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Russland aufmerksam zu machen.

Lug-info.com: Das Kohle- und Energieministerium der LVR hat fast 3000 Tonnen Kohle an sozial ungeschützte Kategorien von Einwohnern, die in den frontnahen Bezirken wohnen, ausgegeben. Dies teilte heute der Minister Pawel Malgin mit
„Welche Kategorien hier berücksichtigt und eingeschlossen sind – es sind Rentner, Menschen mit Behinderung, Familien getöteter Bürger, von Beschüssen Betroffene, Soldaten, materiell schlecht ausgestattet Menschen, Familien mit behinderten Kindern, Familien von gefallenen

Milizangehörigen, alleinerziehende Mütter“, erklärte der Minister.
Insgesamt wurden 3402 Tonnen Kohle an 1361 Menschen ausgegeben.

de.sputniknews.com: Ukraine beendet Vertrag mit Russland über Waffenlieferungen
Nach 22 Jahren hat die ukrainische Regierung den Vertrag mit Russland über die gegenseitige Lieferung von Waffen, Wartung von Kriegstechnik und sonstige militärische Leistungen außer Kraft gesetzt.

Diese Entscheidung traf das Kiewer Kabinett am Mittwoch ohne Diskussion. Seine Sitzung wurde im ukrainischen Fernsehen live übertragen.

Der Vertrag war 1995, vier Jahre nach der Unabhängigkeit der Ukraine, unterzeichnet worden, um den beiden industriell eng miteinander verflochtenen Staaten die Kooperation zu vereinfachen.

Der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko hat bereits nach seinem Amtsantritt 2014 jede militärtechnische Zusammenarbeit mit Russland, damals dem wichtigsten Käufer ukrainischer Rüstungserzeugnisse, verboten. Mit ihrer jetzigen Entscheidung hat die Regierung dieses Verbot lediglich formalisiert

Dan-news.info: Die Generalstaatsanwaltschaft DVR hat ein Strafverfahren nach dem Paragraphen „terroristischer Akt“ gegen den Kommandeur der 25. Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte O. W. Sentschenko und den Kommandeur der 55. Artilleriebrigade der ukrainischen Streitkräfte S. W. Brusow aufgenommen, teilte die Behörde mit.

Die genannten Personen haben am Abend des 5. November den Soldaten der von ihnen geleiteten militärischen Einheiten Befehle zur Eröffnung des Feuers auf Donezk mit schweren Waffen gegeben. Die Handlungen der Kommandeure sind als von einer Gruppe von Personen begangene Terrorakte zu qualifizieren, die erheblichen materiellen Schaden oder andere schwere Folgen nach sich gezogen haben.

Für diese Vergehen ist eine Freiheitsstrafe zwischen zehn und zwanzig Jahren vorgesehen.

de.sputniknews.com: **US-Außenamt warnt vor Chemie-Katastrophe im Donbass**

Der Donbass befindet sich laut der US-Außenamtssprecherin Heather Nauert in einer gefährlichen Lage. Die Beschädigung von Chlorbehältern in Filterstationen durch Bombardements könnte eine ernsthafte Katastrophe verursachen.

In den vergangenen Tagen seien im Donbass zwei Filterstationen unter Beschuss geraten.

„Das ist äußerst gefährlich, weil einige Geschosse nur 50 Meter entfernt von den Chlorlagerungen einschlugen“, zitiert die russische Zeitung „Wsgljad“ Nauert. Die Beschädigung der Chlorbehälter werde zu einer Katastrophe führen.

„Das Gas wird bei Leuten auf der Station oder sogar Menschen in den naheliegenden Ortschaften Schaden anrichten. Es wird außerdem die Versorgung mit sauberem Trinkwasser in dem Gebiet beeinträchtigt“, so Nauert.

Am Sonntag hat ein Vertreter der Donezker Volksrepublik mitgeteilt, dass ukrainische Soldaten Donezk aus Mehrfachraketenwerfern beschossen haben. Unter Beschuss war der Damm einer Talsperre im Gebiet Jasinowataja geraten. Der Damm liegt nahe der Filterstation mit 257 Tonnen Chlor darin, in deren Nähe rund 20 Geschosse eingeschlagen haben.

Dan-news.info: Der Leiter des Donezker Gusak-Instituts für Notfall- und wiederherstellende Medizin, Prof. Emil Fistal hat eine äußerst schwierige Operation zur Entfernung eines Pigmentgeschwürs auf dem Gesicht eines vierjährigen Kindes aus der Ukraine durchgeführt. Dies sagte er heute selbst Journalisten.

„Das Mädchen wurde mit einem großflächigen Pigmentgeschwür auf dem Gesicht geboren. Gestern habe ich es gemeinsam mit dem Leiter der Abteilung für plastische Chirurgie Danil Merkulow entfernt“, berichtete Fistal. „Die Einmaligkeit der Operation besteht darin, dass solche Bildungen äußerst selten operiert werden, weil sich das Geschwür im Gesicht befindet. Ebenfalls hat diese Art von Geschwür die Eigenschaft, in ein bösartiges überzugehen. Aber wir habe es radikal entfernt“.

Der Professor erläuterte, dass das Kind zur Behandlung aus Dnjepropetrowsk kam. Ukrainische Ärzte hatten sich zuvor geweigert, die Patientin zu operieren und ihren Eltern geraten, das Kind im Ausland behandeln zu lassen. In Donezk wurde nach der Entfernung des Geschwürs sofort eine plastische Operation zur Beseitigung der Narben unternommen. Solche Operationen wurden im Institut bereits zuvor durchgeführt, etwa im Jahr 2012 bei einem Jungen aus Lugansk. Um Rezidiven vorzubeugen, beobachten die Ärzte das Kind bis heute:

Emil Fistal ist Doktor der Medizin, Professor, verdienter Aktivist der Wissenschaft und Technik der Ukraine, Preisträger der Auszeichnung „Priswanije“, die den besten Ärzten Russlands verliehen wird, Preisträger einer staatlichen Auszeichnung der Ukraine, Mitglied der Assoziation für Brandverletzungsmedizin Russlands und der USA. Er leitet die Abteilung für Brandverletzungen und plastische Chirurgie und gleichzeitig das Donezker Gusak-Institut. In seinem Leben hat er mehr als 500 wissenschaftliche Artikel geschrieben, er ist Urheber von 32 Erfindungen. Er schreibt Gedichte und leitet musikalische Programme „Musik für die Gesundheit“ in der Philharmonie.

de.sputniknews.com: **Ukraine: Parlament will gegen diplomatische Beziehungen mit Russland stimmen**

Die ukrainische Oberste Rada (Parlament) wird in der kommenden Woche voraussichtlich für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Russland stimmen, schreibt die Zeitung "Kommersant" am Mittwoch.

Ein entsprechender Punkt wird in das Gesetz zur Reintegration der Donbass-Region aufgenommen. Mit dieser Initiative trat der Abgeordnete Iwan Winnik aus dem Block Petro Poroschenkos auf. Wie aber Quellen in der Obersten Rada verriet, ist eine ziemlich heikle Situation entstanden, denn in Wirklichkeit ist Winnik eng mit der Volksfront verbunden, da er Geschäftspartner von Sergej Paschinski ist, der einer der Anführer der Volksfront und der Vorsitzende des Ausschusses für nationale Sicherheit und Verteidigung ist.

„Die Initiative gehörte der Volksfront“, sagte ein Insider, der anonym bleiben wollte. „Das ist eine Art Antwort des Innenministers Arsen Awakow, einer der einflussreichsten Personen der Volksfront, an den Präsidenten, der seinen Sohn nicht beschützen konnte oder wollte, der wegen Bestechung festgenommen worden war.“

Alexander Awakow war am 31. Oktober wegen mutmaßlicher Veruntreuung in Höhe von 520 000 US-Dollar bei der Beschaffung von Rucksäcken für Soldaten der Nationalgarde festgenommen worden. Zwar wurde Awakow Jr. später wieder freigelassen, aber Quellen in Kiew sind überzeugt: Der Innenminister betrachtet das als Kriegserklärung seitens Poroschenkos. Die Oberste Rada diskutierte jüngst die Entlassung von Arsen Awakow vom Posten des Innenministers, aber dafür stimmten nur 31 Abgeordnete (statt der benötigten 226). „Im Gesetz zur Reintegration des Donezbeckens (...) wird Russland als Aggressor anerkannt – hoffentlich wird es dafür genug Stimmen geben“, sagte Winnik. „Danach die diplomatischen Beziehungen weiter zu unterhalten, wäre ein Verbrechen seitens des ukrainischen Außenministeriums. Diese Beziehungen sind ohnehin de facto abgebrochen worden. Die Botschafter gibt es nicht mehr, und in den Botschaften arbeiten nur Diplomaten aus der zweiten Reihe.“

Informierte Quellen in Kiew behaupten indes, dass ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau, besonders im Kontext des „Reintegrationsgesetzes“, Präsident Poroschenko gar nicht ins Konzept passe. Im Gegenteil: Seine Vereinbarungen mit dem US-Beauftragten für die Ukraine-Krise, Kurt Volker, waren ganz anders. Washington wollte das „Reintegrationsgesetz“ Moskau als Beweis für Kiews guten Willen und konstruktive Einstellung darstellen.

Winniks Initiative könnte aber einen total anderen politischen Kontext entstehen lassen und ist eine unangenehme Überraschung für Volker, der sich voraussichtlich am 13. November in Belgrad mit seinem russischen Pendant, dem Präsidentenassistenten Wladislaw Surkow, treffen wird. Zwar will Poroschenkos Umfeld unnötige Streitigkeiten mit den Amerikanern vermeiden, aber Insider in Kiew räumen ein: In der entstandenen Situation habe der Staatschef keine andere Wahl als Winniks Novelle zum „Reintegrationsgesetz“ zu befürworten.

„Die Gesellschaft verlangt den Bruch mit Moskau – davon zeugen geschlossene Umfragen, die wir regelmäßig durchführen“, sagte ein Sprecher des ukrainischen Präsidialamtes. „Wir können diesen Moment nicht ignorieren, (...) besonders in der aktuellen angespannten Situation, wenn die Gegner der Macht – Michail Saakaschwili und seine Mitstreiter – einen neuen ‚Maidan‘ provozieren. Hoffentlich wird man uns im Westen verstehen.“

„Die Einstellung der diplomatischen Beziehungen mit Russland sollte keine Probleme für die Ukraine auslösen. Nach dem mehr als dreijährigen Krieg ist es unser gutes Recht – sowohl aus juristischer als auch aus moralischer Sicht“, sagte der Präsident Poroschenko nahestehende Politologe Viktor Ukolow. „Die Botschaft der Ukraine in Moskau wurde sowieso praktisch geschlossen – dort verbleiben nur noch wenige Diplomaten. Probleme werden nur die ukrainischen Gastarbeiter in Russland haben. Aber mit der Zeit werden sie sich neue Arbeitsplätze finden – in unserem Land oder in Europa.“

Die meisten Abgeordneten der Obersten Rada, die "Kommersant" befragte, zeigten sich überzeugt, dass die von Winnik initiierte Novelle verabschiedet wird. „Ich stelle mir eine andere Variante gar nicht vor“, sagte ein Abgeordneter der Volksfront, der inkognito bleiben wollte.

„Natürlich wird unsere Fraktion Winniks Novelle befürworten. Der Bruch mit Russland ist heutzutage ein klares Zeichen dafür, wer auf unserer Seite und wer auf der Gegenseite ist“, stimmte der Parlamentarier Igor Popow von der Radikalen-Partei zu.

Gleichzeitig räumte er ein, dass dies gewisse Probleme zwischen Kiew und Washington provozieren könnte: „Mit den Amerikanern wurde während Volkers Besuchs eine andere Variante vereinbart: die Reintegration, aber keinen Bruch. Möglicherweise werden sie unzufrieden sein.“

Eine weitere Quelle im Poroschenko-Block sagte: „Wir verstehen, dass der Präsident in eine Sackgasse getrieben und gezwungen wird, sein Versprechen gegenüber Volker und dem ganzen Westen zu brechen. Wir verstehen auch, dass dies eine zynische Rache Awakows für die Festnahme seines Sohns ist.“ Alexander Tschernenko (Poroschenko-Block), stimmte dieser Auffassung zu und zeigte sich darüber hinaus überzeugt, dass „diese ganze Geschichte um den Abbruch der diplomatischen Beziehungen nichts als Spielchen mit den Wählern vor dem Hintergrund des Kriegs ist.“ Aber auch wenn dieser Hintergrund offensichtlich ist, wird die größte Fraktion in der Rada ihre Position nicht verändern. „Am Ende werden wir doch für diese Novelle stimmen, wie auch die meisten politischen Kräfte im Parlament bis vielleicht auf den Oppositionsblock“, ergänzte die Quelle aus dem Poroschenko-Block.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31820/93/318209342.jpg>

Facebook-Seite Wladislaw Dejnego, Außenminister der LVR:

Äußerste Verantwortungslosigkeit der OSZE-Mission!

Obwohl sie sehr gut wissen, dass auf unserer Seite des Passierpunkts in Staniza Luganskaja ständig eine Erste-Hilfe-Brigade Dienst hat, die in wenigen Minuten da sein und qualifizierte Hilfe leisten kann (im Unterschied zu dem OSZE-Beobachter, der im besten Fall einen Erste-Hilfe-Kurs mitgemacht hat), erlauben sie es sich eine Stunde lang auf die Ankunft eines Krankenwagens aus der Ukraine zu warten! Der Abstand – etwa 800 Meter, die Zeit, die unsere Brigade braucht, um zu Fuß zu dem angegebenen Ort zu kommen, beträgt nicht mehr als acht Minuten. Und sie leisten eine Stunde Hilfe „unter Nutzung eines Defibrillators“!, das heißt, die Frau ist klinisch tot! Wenn jede Minute zählt und zu nicht umkehrbaren Folgen führen kann!

Es ist nicht verwunderlich, dass die ukrainische Seite in jeder Weise der Reparatur der von ihnen gesprengten Brücke Widerstand leistet und als Bedingungen die Forderung vorbringt, den Entwurf so zu ändern, „dass kein Krankenwagen passieren kann“ - für sie ist das ein vorhersagbares Beispiel. Aber solche Handlungen der OSZE-Patrouille unter solchen Umständen rufen nicht nur Unverständnis hervor, sondern auch begründeten Verdacht auf kriminelle Fahrlässigkeit.

Information aus dem täglichen Bericht der OSZE-Mission:

Am 3. November 2017 „... in der Nähe der KPP auf der von der Regierung kontrollierten Seite haben die Beobachter eine Frau (zwischen 60 und 69 Jahren) gesehen, die auf dem Rücken am Rand der Straße lag, wo eine Schlange in Richtung der von der Regierung kontrollierten Gebiete stand. Fast eine Stunde lang hat ein Mitglied der OSZE-Patrouille eine künstliche Beatmung und indirekte Herzmassage durchgeführt sowie Reanimierungsmaßnahmen unter Nutzung entsprechender medizinischer Präparate und eines Defibrillators durchgeführt, bis ein Krankewagen kam, der die Frau in Richtung Staniza Luganskaja brachte“.

abends:

de.sputniknews.com: Sowohl in Moskau als auch auf Kamtschatka: Kiew will Russland mit Drohnen ausspähen

Die Ukraine wird Russland in naher Zukunft mithilfe von Drohnen ausspähen können. Dessen ist sich Alexander Turtschinow, Chef des Nationalen Sicherheitsrates, sicher.

Gegenüber ukrainischen Medien teilte der ukrainische Politiker und Pastor einer Kiewer Baptistengemeinde mit, dass die Ukraine in der Lage sei, Drohnen für strategische Aufklärungszwecke zu entwickeln.

So habe das „Antonow“-Unternehmen bereits eine Drohne entwickelt, die eine Reichweite von 1000 Kilometern besitze und auf eine Höhe von 5000 Metern steigen könne. Dabei soll dieser Flugapparat für verschiedene Ziele eingesetzt werden – man könne ihn mit Raketen versehen oder für Aufklärungszwecke nutzen.

„Wir müssen nicht nur über das Geschehen in den Vorstädten Moskaus sondern auch im Fernen Osten, in Kamtschatka und anderen Regionen des Aggressorlandes Bescheid wissen“, betonte Turtschinow.

Die Entfernung zwischen den von Kiew kontrollierten Donbass-Territorien und Kamtschatka beträgt rund 7500 Kilometer.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31821/39/318213900.jpg>

ukrinform.ua: IWF-Experten kommen nach Kiew

Ein Team aus mehreren Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) werde sich in Kiew vom 9. bis 17. November für die technische Besprechung des Entwurfs des Staatshaushalts für das Jahr 2018 aufhalten, kündigte am Mittwoch in Kiew der IWF-Vertreter in der Ukraine, Jost Ljungman an, teilte man dem Ukrinform-Korrespondenten im Pressedienst des Fonds mit.

Wie Ukrinform berichtet hat, erwartet die Nationalbank der Ukraine (NBU), dass die Ukraine im 1. Quartal 2018 eine IWF-Tranche in Höhe von \$ 2 Milliarden und noch eine Tranche im Laufe des gleichen Jahres in Höhe von \$ 1,5 Milliarden erhält

de.sputniknews.com: Verwandelt sich Polen aus Kiews strategischem Partner in dessen Feind?

Soll Polen auch weiter als strategischer Partner der Ukraine und als ihr Anwalt in der EU auftreten? Der unabhängige Abgeordnete des polnischen Sejm, Janusz Sanocki, hat mit Sputnik über Kiews Ideologie und den maßgebenden Unterschied zwischen der Ukraine und dem entnazifizierten Deutschland gesprochen.

Laut Sanocki soll die Ukraine ihre geschichtliche und nationale Identität sowie „positive, gute, großherzige, humane Helden“ auf der Basis humanitärer Werte finden.

„Aber auf dem Maidan habe ich seit dem ersten Teil der ‚Orangen Revolution‘ die Flaggen der Ukrainischen Aufständischen Armee, Porträts von Bandera gesehen, laute Reden neuer Bandera-Anhänger gehört. <...> Dann hatte ich keine Lust mehr, in die Ukraine zu fahren“. Sanockis Familie stammt aus Wolhynien, wo die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) im Sommer 1943 ein Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung verübte. Die UPA wurde 1942 auf Beschluss der von dem radikalen nationalistischen Politiker Stepan Bandera gegründeten Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) als deren militärischer Arm ins Leben gerufen.

„Jetzt versucht Kiew zweifelsohne, der ganzen ukrainischen Gesellschaft die Traditionen der UPA aufzuzwingen, damit ihre Kämpfer zum Vorbild für die junge Generation der Ukrainer werden. Das bedroht aber meiner Meinung nach die Entwicklung guter Beziehungen zwischen den Ländern unserer Region“, so der Abgeordnete.

Polen hätte der Ukraine von Anfang an direkt sagen müssen, dass sie „mit Bandera nie Europa beitreten wird“, weil niemand ein Land mit solch einer Ideologie mit Respekt und Ernst betrachten werde.

„Da ist das Beispiel Deutschland für alle belehrend, weil die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg die Verbrechen des Nazismus und Hitlers verurteilt und sich auf diese Weise von der Schuld für die Gräueltaten des Faschismus befreit haben“.

In Deutschland seien keine Denkmäler von Himmler, Göring oder SS-Kämpfern zu sehen, in der Ukraine seien aber Banderas Porträts allgegenwärtig, was nicht nur für Polen, sondern auch „für alle nüchternen und zivilisierten Menschen unzulässig“ sei.

„Wegen seiner kurzsichtigen Politik in Bezug auf die Ukraine ist Polen in eine Sackgasse geraten, hat wegen Kiew gute Beziehungen zu Russland verschmäh – völlig umsonst! Jetzt tragen wir eine schwere Last der Probleme wegen der Politik unserer übermäßigen Unterstützung für die Ukraine“.

de.sputniknews.com: „Taufe der Rus“: Kiew beginnt neuen Religions- und Geschichtskrieg gegen Russland

Kiewer Regierungsvertreter bereiten eine großangelegte PR-Kampagne gegen Moskau vor, die die historische und religiöse Überlegenheit der Ukraine gegenüber Russland bestätigen soll. Das berichtet die russische Zeitung „Nesawissimaja Gaset“.

Am Mittwoch hat das Ministerkabinett der Ukraine einem Maßnahmenplan zur Vorbereitung der Feierlichkeiten des 1030. Jahrestages der Taufe der Kiewer Rus‘ im kommenden Jahr zugestimmt.

Obwohl die Bezeichnung Rus‘ eigentlich die historische Bezeichnung für das Gebiet des heutigen Russland, Weißrussland und der Ukraine zur Zeit des Mittelalters ist, versucht Kiew hervorzuheben, dass für die Poroschenko-Regierung nur die Ukraine zur Rus‘ zählen kann. Russland wird explizit aus dem eigentlich gemeinsamen Geschichtsbild ausgeklammert.

„Der Kiewer Fürst Wladimir taufte die Rus‘ im 10. Jahrhundert. Auf dem Gebiet des modernen Russland lebten zu dieser Zeit nur die Stämme der Tschuden und der Merja“,

schreibt hierzu etwa die ukrainische Presse.

Laut der „Nesawissimaja Gaset“ erinnert nun der ukrainische Plan zur Jubiläumsfeier der Taufe der Rus‘ extrem an die PR-Kampagne von Michail Gorbatschow in der Zeit der Sowjetunion, als er durch die großspurige Feier der "Tausend Jahre der Taufe" im Jahr 1988 sein internationales Ansehen zu stärken versuchte.

Die von Gorbatschow organisierten Festlichkeiten seien zu einem Meilenstein in der öffentlichen und staatlichen Rolle der Kirche in der Sowjetunion und später in der Russischen Föderation geworden, so das Blatt weiter. Es scheine, dass die aktuelle ukrainische Führung nun ähnliche Ziele verfolge.

Auf jeden Fall würden die ukrainischen Behörden alles dafür tun, dass das Zentrum der Festlichkeiten zur Taufe der Rus‘ in Kiew und der Ukraine stattfindet und nicht etwa in Russland. Kiews Gedanke sei klar: Nicht Russland, sondern die Ukraine soll als die eigentliche getaufte Rus‘ angesehen werden, während Russland als das Land der abergläubischen Stämme dargestellt werden solle.

Der Idealfall für das ukrainische Regime wäre nämlich, dass die Russen den in der Ukraine stattfindenden Super-Feiertag der „Taufe 1030“ hinter „dem Grenzzaun beobachten, etwa so wie die Russen den ‚Eurovision Song Contest 2017‘ in Kiew angesehen“ hätten.

Dementsprechend groß fallen bereits jetzt die Vorbereitungen Kiews für die Feierlichkeiten aus, die wohl weniger für das ukrainische als vielmehr gegen das russische Geschichtsverständnis gerichtet sind.

So hebt das Blatt hervor, dass alle Veranstaltungen im Rahmen der Feierlichkeiten von hochrangigen Vertretern besucht würden. Verschiedene „nationale patriotische Veranstaltungen für junge Menschen“ seien geplant, um sie an die „Taufe der Kiewer Rus‘-Ukraine“ mit expliziter Ausklammerung Russlands aus dem gemeinsamen Geschichtsbild heranzuführen.

Das Organisationskomitee der Feierlichkeiten wird von einem der Vizepremiers der Ukraine sowie dem stellvertretenden Leiter der Präsidentialverwaltung von Petro Poroschenko geleitet werden